

CDU/CSU: Neuanfang mit Friedrich Merz



Mit 217 von 226 abgegebenen Stimmen hat am 29. Februar in geheimer Abstimmung die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den 44jährigen CDU-Abgeordneten Friedrich Merz zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. 7 Abgeordnete stimmten gegen Merz, einer enthielt sich. Eine Stimme war ungültig.

Neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Mit großer Freude“ hat Friedrich Merz sein neues Amt angenommen und auf der Pressekonferenz unmittelbar nach seiner Wahl seinem Vorgänger Wolf-

gang Schäuble dafür gedankt, dass er nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 die Einheit der Union bewahrt und die „großartigen Wahlsiege des vergangenen Jahres“ möglich gemacht habe.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Schleswig-Holstein

Generalsekretärin Angela Merkel: Die CDU hat sich trotz der Krise gut behauptet. Seite 4

Die Landtagswahl am 27. Februar. Das vorläufige amtliche Endergebnis. Seite 6-8

● Regionalkonferenz

In jeder Krise steckt auch eine Chance. Schäuble, Merkel und Rüttgers in Recklinghausen. Seite 5

● Parteispenden

Ehemaliger Verfassungsrichter Klein befürwortet CDU-Klage. Seite 9

● Haushalt 2001

Eichel kann die Ausgabenlust der SPD-Fraktion kaum bremsen. Seite 10

● Renten

Auch die betriebliche Altersversorgung bei den Rentengesprächen zum Thema machen. Seite 12

● Würdigung

Streitbarer Strategie. Heiner Geißler zum 70. Geburtstag. Seite 20

Fortsetzung von Seite 1

Die Wahl bedeute keinen Abschied. Wolfgang Schäuble werde seine Arbeit im Bundestag fortsetzen, und er, Merz, zähle darauf, dass sein Vorgänger ihm weiter mit Rat und Tat zur Seite stehe.

Wolfgang Schäuble gratulierte Merz zu dem „ungewöhnlich guten Wahlergebnis“. Er sei sicher, sagte er, dass sein Nachfolger als „kraftvoller Vorsitzender erfolgreiche Arbeit leisten“ werde.

Die volle Unterstützung der Schwesterpartei beim „Neuanfang“ versprach der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende, Edmund Stoiber. Er sieht in Friedrich Merz den „ganz entscheidenden Spielführer der CDU/CSU“. Er werde die rot-grüne Bundesregierung und deren Kanzler ab sofort wieder in die Schwierigkeiten bringen, die sie verdient.

Stellvertreter: Der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der Sitzung am 29. März zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt:

● Aufgabenbereich Außen, Verteidigung, Sicherheit

Volker Rühle: 134 Stimmen

● Aufgabenbereich Recht und Innen

Wolfgang Bosbach: 173 Stimmen

● Aufgabenbereich Finanzen und Wirtschaft

Peter Rauen: 106 Stimmen

● Aufgabenbereich Ost

Günter Nooke: 95 Stimmen

● Aufgabenbereich Infrastruktur (Bauwesen, Verkehr, Umwelt, Landwirtschaft)

Klaus Lippold MdB: 110 Stimmen

● Aufgabenbereich Familie, Bildung, Gesellschaftspolitik und Kirchen

Maria Böhmer: 96 Stimmen

Geschäftsführer: Alter und neuer
1. Parlamentarischer Geschäftsführer:

Hans-Peter Repnik: 151 Stimmen.

● Die weiteren Parlamentarischen Geschäftsführer:

Birgit Schnieber-Jastram: 148 Stimmen

Eckart von Klaeden: 81 Stimmen

Manfred Grund: 164 Stimmen

Justitiar: Zum Justitiar wählte der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Andreas Schmidt** mit 155 Stimmen.

Starkes Signal: Die Neuwahl des Vorstands fiel auf den letzten Tag im Februar. So gilt von jetzt an für die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Alles neu macht der März. Das letzte Wort dieses Satzes können sie mit „ä“ ebenso wie mit „e“ schreiben. Die Wahl des 44-jährigen Friedrich Merz zum Oppositionsführer in Berlin ist ein starkes Signal für den Erneuerungswillen der Union, das stärkste seit Bekanntwerden der Finanzaffäre. Allen Spekulationen über endlose Personalquerelen hat die

Fraktion ein Ende gesetzt: 217 von 226 abgegebenen Stimmen gingen an Merz - ein wuchtigeres Signal von Entschlossenheit und Geschlossenheit hätten die Unionsabgeordneten nicht setzen können. Für Bundeskanzler Gerhard Schröder geht jetzt das monatelange Spiel ohne Gegner zu Ende. Die rot-grüne Koalition muss damit rechnen, dass ihr im Bundestag eine junge, unbelastete Figur gegenübertritt, die man nicht mehr so einfach aus dem Konzept bringen kann.

Hannoversche Allgemeine

Neuanfang

Friedrich Merz hat sich viel vorgenommen. Nach dem Rückzug von Wolfgang Schäuble als Fraktionschef will der Nachfolger im Bundestag eine rundum erneuerte Fraktionsspitze präsentieren. Nicht nach Proporz, sondern nach Qualifikation sollten die Abgeordneten über ihr neues Führungspersonal entscheiden. CSU-Chef Edmund Stoiber träumt sogar von einem Schattenkabinett für die Bundestagswahl 2002. Die Vorgabe lautet, jeder Mann und jede Frau an der Fraktionsspitze soll besser sein als der zuständige Minister im Kabinett Schröder.

Berliner Zeitung

Ruck gegeben

Der Wille zum Neuanfang bricht sich in der CDU mit einer erstaunenswerten Intensität Bahn. Am deutlichsten wird dies in dem Traumergebnis, mit dem Newcomer Friedrich Merz an die Spitze der Bundestagsfraktion gewählt wurde. 96 Prozent – so viele Stimmen erhielt bei seinem Start nicht einmal Vorgänger Wolfgang Schäuble, obwohl dieser als Integrationsfigur der Union völlig unumstritten war. Nach den schwersten drei Monaten, die jemals eine Unionsfraktion durchleben musste, markiert die Abstimmung auch die Sehnsucht nach dem Schlussstrich. Die Fraktion hat sich geschlossen einen Ruck gegeben, um endlich die deprimierenden Skandale und Affären abzuschütteln.

Neue Osnabrücker Zeitung

Die eigene Stärke wiederentdeckt

Begann der Neuanfang der Union? Ist die nahezu einstimmige Wahl von Friedrich

Merz zum Fraktionschef das Signal zum Aufbruch? Zumindest dokumentiert das eindeutige Ergebnis für Merz den ungebrochenen Überlebenswillen der großen Oppositionspartei. Nach den Erschütterungen der letzten Monate, die ihre Ursachen in ihren eigenen Reihen hatten, entdeckt die Union langsam ihre eigene Stärke wieder. Dabei hilft ihr das überraschend milde Wahlergebnis von Schleswig-Holstein, das der Union signalisiert hat,

Für Bundeskanzler Gerhard Schröder geht das monatelange Spiel ohne Gegner zu Ende

dass viele Menschen trotz allem weiter auf sie bauen.

Die Welt

Aufbruch

Sie wollen endlich das ganze Desaster loswerden. Sie wollen wieder nach vorne blicken und die Monate der Skandale, Selbstzweifel und Abstürze in der öffentlichen Zuneigung vergessen. Was kann da angenehmer sein als der Blick in ein offenes, manchmal noch etwas unbekümmertes jugendliches Gesicht. Dieses Gesicht, das des Sauerländers Friedrich Merz, soll das Bild der CDU prägen beim Aufbruch in die neue Zeit. Mit überwältigender Mehrheit hat die Unionsfraktion ihn zum neuen Chef der Opposition im Parlament gewählt, die CSU-Landesgruppe geschlossen, bei der CDU mit gerade sieben Gegenstimmen. Die Botschaft war klar: Geschlossenheit beim ersten Schritt in die Zukunft.

Stuttgarter Zeitung

Die CDU hat sich trotz der Krise gut behauptet

„Ohne die Finanzaffäre hätte die CDU mit Volker Rühle an der Spitze die Wahl am Sonntag mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sogar gewonnen.“ So lautet die Bilanz, die der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble nach einer Sitzung von Präsidium und Bundesvorstand am 28. Februar aus dem Ergebnis der Landtagswahl in Schleswig-Holstein zog.

Der Regierungswechsel, den das nördlichste Bundesland gebraucht hätte, sei nicht erreicht worden, aber die CDU habe in einer ungewöhnlich schwierigen Situation einen sehr engagierten Wahlkampf geführt.

Wir haben unsere Chance gewahrt

Wolfgang Schäuble: „Das Ergebnis ist sehr respektabel und kann sich sehen lassen. Wir haben unsere Chance gewahrt. Die CDU ist als die zur Mitte integrierende Volkspartei bestätigt worden.“

Der Parteivorsitzende dankte Volker Rühle und der schleswig-holsteinischen CDU für den engagierten und am Ende erfolgreichen Wahlkampf: Das Ergebnis der Wahl sei auch eine ermutigende Voraussetzung für „unsere Anstrengungen“, den notwendigen Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

Eine „Wahl um die Zukunft der CDU“ – darin sieht Volker Rühle das „Signal von Kiel“. Vor allem auch deshalb habe die schleswig-holsteinische CDU ihre Wähler mobilisieren können. Die Zahlen machen

Mut und zeigen eindeutig eine Stabilisierung der CDU. Der hohe Anteil gesplitteter Stimmen mache außerdem deutlich, dass es bei der Zustimmung der Wähler für die bürgerliche Mitte keinen Einbruch gegeben hat. Die FDP konnte von ihrer Koalitionsaussage zugunsten der CDU profitieren.

Der Landesvorsitzende Peter Kurt Würzbach drückte seine Enttäuschung darüber aus, dass die CDU mit den landespolitischen Themen seit November letzten Jahres nicht mehr durchdringen konnte. „Wir haben alle für und mit Volker Rühle gekämpft“ und ein Ergebnis erzielt, das zwar den Umfragen noch vor zwei Monaten leider nicht entspricht, aber eine gute Voraussetzung für den Wahlkampf der nordrhein-westfälischen CDU mit Jürgen Rüttgers an der Spitze ist.

Die CDU ist aus der Talsohle heraus

„Ein gutes Ergebnis“ hat auch die Generalsekretärin den Ausgang der Kieler Landtagswahl genannt. Mit 35,2 Prozent habe sich die CDU „trotz der Krise gut behauptet“. Angela Merkel:

- „Unser Wählerpotential ist stabil.“
- „Die CDU ist aus der Talsohle heraus.“

Die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein habe schließlich gezeigt, „dass von Parteiverdrossenheit und Verweigerung bei den Bürgerinnen und Bürgern keine Rede sein kann“.

Offener Diskussionsprozess

Einmütig bei zwei Enthaltungen hat sich der Bundesvorstand noch einmal über das vereinbarte Verfahren bei der Schäuble-Nachfolge verständigt. Die laufenden Re-

In jeder Krise steckt auch eine Chance

Wolfgang Schäuble, Angela Merkel und Jürgen Rüttgers sind die Stars des Abends. Mit großem Applaus und lauten Bravo-Rufen feiern die rund 700 Teilnehmer der zweiten Regionalkonferenz die drei Spitzenpolitiker der CDU in der Festspielhalle in Recklinghausen.

Ein Parteimitglied drückt die Stimmung der Diskussion mit den Worten aus: „Die Basis steht zur Partei.“

Ähnlich Jürgen Rüttgers, der Kampfstimmung für die Landtagswahl am 14. Mai verbreitet: „Die neue CDU im Westen fällt bei Gegenwind nicht um.“ Überhaupt sei es offenkundig, dass die Bürgerinnen und Bürger die CDU als starke Volkspartei der Mitte wollen. Die SPD werde es unter diesen Umständen sehr schwer haben, ihre Pfründe zu verteidigen. „Der rote Filz“ – so der Spitzenkandidat der CDU – „muss am 14. Mai endlich weg.“

„Sie hat das Krisenmanagement toll gemacht!“ – mit diesen Worten übersetzt die Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete Beatrix Philipp den Beifall, mit dem die Generalsekretärin am Rednerpult begrüßt wird. „In jeder Krise steckt auch eine Chance,“ erklärt Angela Merkel und fordert die Partei auf, sich wie-

der auf ihre unverwechselbare Markenzeichen zu besinnen: gegen Zentralismus, für Stärkung der Regionen.

Angela Merkel: „Meinungsbildung muss in Zukunft mehr von unten nach oben stattfinden.“ Die Veranstaltung in Recklinghausen wie auch die weiteren Regionalkonferenzen dienen dem Ziel, der innerparteilichen Demokratie besonderen Rang einzuräumen.

Die CDU ist dabei, sich von der Lähmung durch ihre schwerste Krise freizumachen - beschreibt Wolfgang Schäuble einen Tag nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein die Situation in einer sehr kämpferischen Rede. Er nimmt auf das Motto Bezug, unter dem die Regionalkonferenzen stehen, und macht seinen Zuhörern mit dessen drei Lösungsworten Hoffnung: Verantwortung – Veränderung – Vertrauen.

Dank an Wolfgang Schäuble

Jürgen Rüttgers und zahlreiche Wortmeldungen im Saal drückten dem Parteivorsitzenden ihren Dank für die Leistungen aus, mit denen er unter großen Anstrengungen die Last der besonderen Verantwortung in den letzten Monaten getragen und die Krise der Partei gemeistert hat.

gionalkonferenzen, die bei den Mitgliedern auf ein ungewöhnlich großes Interesse stoßen, seien nicht - so der Parteivorsitzende - als Forum für eine Personaldiskussion gedacht. Sie sollen aber nach wie vor, wie es auch ursprünglich beabsichtigt war, der „offene Diskussionsprozess“ sein, in dem

Stimmungen und Meinungen in der Partei deutlich zum Ausdruck kommen können. Wolfgang Schäuble: „Wir wollen auf diese Weise in die Partei hinein hören.“

Am 30. März werden Präsidium und Bundesvorstand über die weiteren Schritte beraten und entscheiden. ■

Bonn, 28.02.2000

Die Landtagswahl Schleswig-Holstein 2000 am 27.02.2000

- Vorläufiges amtliches Endergebnis -

	Landtagswahl Schleswig-Holstein 2000		Landtagswahl Schleswig-Holstein 1996		Differenz
	(Zweitstimmen)		(alleinige Stimmen)		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	2.134.954		2.112.522		
Wahlbeteiligung	1.484.128	69,5	1.516.309	71,8	-2,3
gültige Stimmen	1.462.989		1.502.088		
SPD	630.237	43,1	597.751	39,8	+3,3
CDU	515.205	35,2	559.107	37,2	-2,0
FDP	111.544	7,6	86.227	5,7	+1,9
Bündnis 90/Die Grünen	91.211	6,2	121.939	8,1	-1,9
SSW	60.286	4,1	38.285	2,5	+1,6
PDS	20.067	1,4			+1,4
NPD	15.106	1,0			+1,0
STATT Partei	8.648	0,6			+0,6
Die Frauen	4.096	0,3			+0,3
Die Grauen - Graue Panther	3.923	0,3			+0,3
Partei Bibeltreuer Christen	2.666	0,2	231	0,0	+0,2
Sonstige		0,0	98.548	6,6	-6,6

Mandatsverteilung

	Landtagswahl Schleswig-Holstein 2000		Landtagswahl Schleswig-Holstein 1996		Differenz
SPD	41	(41)	33	(26)	+8
CDU	33	(4)	30	(19)	+3
FDP	7		4		+3
Bündnis 90/Die Grünen	5		6		-1
SSW	3		2		+1
Summe	89	(45)	75	(45)	+14

in Klammern: Direktmandate

Das vollständige Endergebnis mit den Einzelergebnissen
finden Sie unter www.cdu.de/infonet

Die Landtagswahl Schleswig-Holstein 2000 am 27.02.2000

- Vorläufiges amtliches Endergebnis -

	Landtagswahl Schleswig-Holstein 2000		Landtagswahl Schleswig-Holstein 1996		Differenz
	(Erststimmen)		(alleinige Stimmen)		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	2.134.954		2.112.522		
Wahlbeteiligung	1.484.128	69,5	1.516.309	71,8	-2,3
gültige Stimmen	1.449.369		1.502.088		

SPD	689.764	47,6	597.751	39,8	+7,8
CDU	567.428	39,2	559.107	37,2	+2,0
FDP	78.603	5,4	86.227	5,7	-0,3
Bündnis 90/Die Grünen	63.256	4,4	121.939	8,1	-3,7
SSW	37.129	2,6	38.285	2,5	+0,1
STATT Partei	4.716	0,3			+0,3
PDS	3.841	0,3			+0,3
NPD	1.406	0,1			+0,1
Partei Bibeltreuer Christen	1.121	0,1	231	0,0	+0,1
Die Frauen	513	0,0			0,0
Die Grauen - Graue Panther					
Sonstige	1.592	0,1	98.548	6,6	-6,5

Die Abkürzungen bedeuten:

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei
Frauen	Feministische Partei DIE FRAUEN
Graue	DIE GRAUEN - Graue Panther
Grüne	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
Statt	STATT Partei
BW	Bundestagswahl
EW	Europawahl
LWSH	Landtagswahl Schleswig-Holstein
KWSH	Kommunalwahl Schleswig-Holstein
A	alleinige Stimmen
E	Erststimmen
Z	Zweitstimmen

Die Landtagswahl Schleswig-Holstein 2000 im Vergleich zu anderen Wahlen

	Landtagswahl Schleswig-Holstein 2000 (Zweitstimmen)		Landtagswahl Schleswig-Holstein 1996 (alleinige Stimmen)		Europawahl 1999		Bundestagswahl 1998 (Zweitstimmen)		Kommunalwahl 1) Schleswig-Holstein 1998	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	% Diff. LTW/EW	Anzahl	% Diff. LTW/BW	Anzahl	% Diff. LTW/KW
Wahlberechtigte	2.134.954		2.112.522		2.137.366		2.135.992		2.197.298	
Wahlbeteiligung	1.484.128	69,5	1.516.309	71,8	827.878	38,7	1.760.598	82,4	1.379.538	62,8
gültige Stimmen	1.462.989		1.502.088		820.004	30,8	1.736.755	-12,9	1.356.343	6,7
SPD	630.237	43,1	597.751	39,8	289.850	35,3	788.907	-2,3	575.505	42,4
CDU	515.205	35,2	559.107	37,2	414.097	50,5	620.516	-0,5	530.548	39,1
FDP	111.544	7,6	86.227	5,7	25.757	3,1	131.611	7,6	65.147	4,8
Grüne	91.211	6,2	121.939	8,1	50.229	6,1	112.287	-0,3	91.937	6,8
SSW	60.286	4,1	38.285	2,5				4,1	38.737	2,9
PDS	20.067	1,4			11.594	1,4	25.470	1,5		1,4
NPD	15.106	1,0			2.549	0,3	2.870	0,2		0,8
Statt	8.648	0,6						0,6	4.402	0,3
Frauen	4.096	0,3			2.201	0,3	1.805	0,1		0,2
Graue	3.923	0,3			3.558	0,4	4.977	0,3		0,3
PBC	2.666	0,2	231	0,0	1.759	0,2		0,2		0,2
Sonstige		0,0	98.548	6,6	18.410	2,2	48.312	2,8	50.067	3,7

1) Gemeinderatswahl in den kreisfreien Städten und Kreisratswahl in den Kreisen

Für die Landtagswahl am 27.02.2000 gilt erstmals das Zwei-Stimmen-Wahlrecht. In dieser Ergebnisdokumentation wird das Ergebnis der alleinigen Stimmen 1996 sowohl dem Ergebnis der Erststimmen als auch dem Ergebnis der Zweitstimmen vom 27.02.2000 gegenüber gestellt. Ein Vergleich ist daher nur bedingt möglich.

Für den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) findet die 5-Prozent-Hürde für die Wahl der Abgeordneten aus den Landeslisten keine Anwendung.

Ehemaliger Verfassungsrichter Klein befürwortet CDU-Klage

Der frühere Bundesverfassungsrichter Hans Hugo Klein befürwortet eine Klage der CDU gegen das von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse verhängte Strafgeld von 41 Millionen Mark. „Die CDU muss klagen, sie kann gar nicht anders“, sagte Klein am 24. Februar in Karlsruhe.

Es sei nicht zu erwarten, dass es bei den jetzt festgesetzten Sanktionen bleiben werde. Klein gehört zu einem Kreis von drei hochrangigen Juristen, die Thierse beraten hatten. Er machte erneut deutlich, dass Thierses Entscheidung von dem Gremium „nicht einstimmig“ unterstützt wurde.

Verfassungsrechtliche Bedenken

Gegen das Parteiengesetz selbst meldete Klein „in hohem Grad verfassungsrechtliche Bedenken“ an. Dessen Vorschriften zu Sanktionsmöglichkeiten bei Abgabe eines fehlerhaften Rechenschaftsberichtes seien „geeignet, eine Partei in den Ruin zu treiben“. Denn die Sanktionen in Millionen-

höhe könnten nicht nur einmal, sondern mehrere Male nacheinander erfolgen.

Chancengleichheit massiv beeinträchtigt

Zudem würde durch den hohen finanziellen Aderlass „massiv die Chancengleichheit der bestraften Partei und damit das Recht der Wähler auf gleiche Teilhabe am Prozess der politischen Willensbildung beeinträchtigt“. Es wäre „gerechter, die verantwortlichen Funktionäre zu bestrafen und nicht die Partei, ihre Mitglieder und die Wähler, die dafür letztlich nicht verantwortlich sind“, sagte Klein.

Der frühere Verfassungsrichter wies darauf hin, dass die Folgen für die Bundes-CDU laut Parteiengesetz die gleichen gewesen wären, „wenn die hessische CDU nur 100.000 Mark statt der 18 Millionen auf Auslandskonten versteckt hätte“. Dies mache deutlich, dass es beim geltenden Gesetz auf die Schwere des Falles nicht ankomme. ■

Staatsrechtler Depenheuer sieht CDU-Strafe gesetzlich nicht gedeckt

Nach dem früheren Verfassungsrichter Hans Hugo Klein hat auch der Kölner Staatsrechtler Otto Depenheuer heftige Kritik an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse geübt.

Thierses Entscheidung, der CDU wegen des Parteispandenskandals rund 41 Millionen Mark staatlicher Zuschüsse vorzuenthalten, sei durch das Parteiengesetz nicht gedeckt und ziehe

„durchgreifende verfassungsrechtliche Bedenken“ auf sich, urteilt Depenheuer. Die Entscheidung stelle die finanzielle Zukunft der CDU in ein „rechtlich kaum berechenbares Ermessen“ des Bundestagspräsidenten. Dies sei eine „für Freiheit und Chancengleichheit aller Parteien schier unerträglicher Zustand“, heißt es in einem Papier für den Untersuchungsausschuss des Bundestages.

Eichel kann die Ausgabenlust der SPD-Fraktion kaum bremsen

Zur aktuellen Ausgabenentwicklung und bevorstehenden Aufstellung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2001 erklärt der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Die Bewirtschaftung des Haushalts 2000 birgt für den Finanzminister nach den bisher zur Verfügung stehenden Erkenntnissen letztlich beherrschbare Risiken: Belastungen von fast 5 Mrd DM ergeben sich aus dem Scheitern mehrerer Elemente des Sparpakets, vor allem aus dem gescheiterten Versuch, das pauschalierte Wohngeld auf Länder und Kommunen abzuwälzen (rd. 2 1/2 Mrd DM). Hinzu kommen zur Zeit noch unbestimmte Beträge in Milliardenhöhe sowohl für die Entschädigung der Zwangsarbeiter als auch für die Friedensmission im ehemaligen Jugoslawien und für die Bundeswehr allgemein, letzteres jedenfalls dann, wenn man die Bundeswehr in ihrer überkommenen Struktur funktionsfähig erhalten will. Das Zinsrisiko dürfte nur auf der Basis der aktuellen, moderaten Zinsentwicklung beherrschbar bleiben. Entlastend wirkt der kräftige Anstieg der Steuereinnahmen, der den Haushalt nicht zuletzt wegen der Zweckentfremdung der Ökosteuereinnahmen zur allgemeinen Ausgabenfinanzierung deutlich entlastet.

Dieses vergleichsweise günstige Szenarium für das laufende Haushaltsjahr hat den Bundeskanzler offenbar veranlasst, der Kabinettskollegin Bulmahn rd. 500 Mio DM zusätzlich für die BAöG-Reform und den Landwirten 900 Mio DM Steuererleichterungen beim sog. „Agrardiesel“ ausgaben erhöhend, d. h. ohne Kompensation an anderer Stelle, zuzugestehen. Für

Beides sprechen gute Gründe; aber es muss auch klar gesagt werden, wie diese Mehrausgaben finanziert werden sollen. Weitere Zugeständnisse sind bei der Belastung der Bahn mit den Ausgaben für den BGS zu erwarten. Die Zustimmung des BMF steht auch hier noch aus. Erkennbar ist eine Abkehr von der offiziell verkündeten Konsolidierungspolitik. Sowohl wegen der politischen Bedeutung der Einzelmaßnahmen, z. B. der Zwangsarbeiterentschädigung, als auch wegen des insgesamt erheblichen Volumens der Änderungen im

In der SPD-Fraktion mehrten sich die Stimmen, die dem Finanzminister die Sparstrümpfe aus- und die Spendierhosen anziehen wollen.

Haushalt fordert die Unionsfraktion vom Finanzminister die Vorlage eines Nachtragshaushalts, mit dem die nur wenige Tage nach In-Kraft-Treten des Haushalts 2000 bekannt gewordenen Veränderungen in den Haushalt integriert werden – nur so kann sich der Haushaltsgesetzgeber ein umfassendes, vollständiges Bild von der Haushaltslage verschaffen.

Das liegt nicht zuletzt im wohlverstandenen Interesse des Finanzministers selbst. Denn in der SPD-Fraktion mehrten sich nach den Berichten von der letzten Fraktionssitzung die Stimmen, die dem Finanzminister die Sparstrümpfe aus- und dafür die Spendierhose anziehen wollen, spätestens bei der Aufstellung des Haushalts 2001.

Die SPD hat offenbar vergessen, dass ihre

Nationale Anti-Doping-Agentur braucht staatliche Unterstützung

Zur Errichtung einer Anti-Doping-Agentur erklärte der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Klaus Riegert:

Die Gemeinsame Anti-Doping-Kommission des Deutschen Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees hat in den vergangenen Jahren ohne Zweifel gute Arbeit geleistet. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Von über 7700 Kontrollen waren knapp 0,5% positiv. Unser Kontrollsystem ist international anerkannt.

Der spektakuläre „Fall Baumann“ aber zeigt, dass Interessenkonflikte von Sportverbänden und Athleten im System vorprogrammiert sind und Schadensersatzforderungen nach sich ziehen, die die Verbände nicht werden

leisten können. Mehr denn je stehen unterschiedliche wirtschaftliche Interessen von Verbänden und Athleten auf dem Spiel, wenn Verstöße durch sportgerichtliche Sanktionen geahndet werden. Daher gilt es von Seiten des Sports zu prüfen, ob die Aufgaben der Dopingbekämpfung nicht in einer Hand liegen und der Zuständigkeit der Verbände entzogen werden sollten. Dies läge im Interesse der Verbände und der Athleten.

Wir brauchen eine „neutrale Instanz“; dies könnte eine Anti-Doping-Agentur sein. Dass diese nicht zum Nulltarif zu haben sein wird, darauf hat der Präsident des Deutschen Sportbundes der Bundesminister des Innern hingewiesen.

eigenen Vorschläge zur Steuerreform – trotz der Mehreinnahmen aus der Öko-steuer – gegenüber dem geltenden Finanzplan zu Steuermindereinnahmen von über 10 Mrd DM führen. Ein Schub für die Wirtschaft und Arbeitsplätze ist gleichwohl nicht zu erwarten. Die Union wäre hier mit dem Ziel größerer wirtschaftlicher Dynamik mutiger.

Einzelne Minister machen, allerdings erst für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl, scheinbar das Füllhorn auf; der Verkehrsminister verkündete z. B. das Anti-Stau-Programm. Die Gegenfinanzierung ist bisher nicht geregelt. Handlungsbedarf besteht sicher im Verteidigungsbereich. Zu den ungedeckten Versprechen kommen Globale Minderausgaben im Umfang von rd. 7 Mrd DM aus dem letztjährigen Finanzplan für 2001, die im Haushaltsaufstellungsverfahren der näch-

sten Monate gegen die sich sträubenden Ressorts durchgesetzt werden müssen. Berücksichtigt man darüber hinaus in den Spargesetzen nicht umgesetzten Maßnahmen und einen gewissen (Rest-) Finanzbedarf für die Zwangsarbeiterregelung, dann ist die Haushaltsaufstellung für das Jahr 2001 bereits jetzt mit 25 bis 30 Mrd DM belastet.

Etwa 20 Mrd DM hat der Bundesfinanzminister selbst dadurch anerkannt, dass er seine EU-Meldung des deutschen Staatsdefizits im Januar von 1% des Bruttoinlandsprodukts auf 1,5% des BIP korrigiert hat. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Rot-Grün zu den bisher verteuften Privatisierungseinnahmen Zuflucht nehmen will, die der Haushalts-sprecher der Grünen neuerdings ebenso beschönigend wie vernebelnd „Anschubfinanzierung“ nennt.

Auch die betriebliche Altersversorgung bei Rentengesprächen zum Thema machen

Zur Anhörung der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur betrieblichen Alterssicherung hat der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Karl-Josef Laumann folgendes Fazit gezogen:

Die betriebliche Altersversorgung muss auch für die junge Generation eine starke zweite Säule der Alterssicherung werden. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für die Betriebsrente verbessert werden. Die Betriebsrente muss auch ein Thema bei den Rentenkonsensgesprächen zwischen Regierung und Opposition, die ja einstweilen verschoben worden sind, werden. Darin sind sich fast alle Experten und Verbandsvertreter, die an unserer Anhörung teilgenommen oder uns Stellungnahmen zugeleitet haben, einig.

Für die konkreten Forderungen, die wir als Arbeitnehmergruppe der CDU/

CSU-Bundestagsfraktion in unserem im Januar vorgestellten Eckpunktepapier zur betrieblichen Alterssicherung dargestellt haben, haben wir viel Unterstützung bekommen. Durch Änderungen im Betriebsrentengesetz müssen Versorgungszusagen für die Arbeitgeber wieder verlässlicher und kalkulierbarer werden. Und unsere Forderung nach einer Änderung im Steuerrecht hin zu einer nachgelagerten Besteuerung für alle Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung hat ebenfalls überwiegend – wenn auch nicht ausschließlich – Zuspruch gefunden. Schließlich haben wir interessante Anregungen zum Thema „Pensionsfonds“ erhalten.

Wir werden unser Papier vor dem Hintergrund der Vorschläge und Anregungen in der nächsten Zeit überarbeiten und dann in die Gesamtfraktion einbringen.

Rentner leben in Angst und Verunsicherung

Angst und Verunsicherung unter den Rentnerinnen und Rentnern waren nach den Worten des Präsidenten des Sozialverbandes (VdK), Walter Hirrlinger, noch nie so groß wie heute.

Hirrlinger sagte, die Rentner seien „nicht zuletzt deshalb verunsichert, weil die Politiker jeden Tag etwas anderes erzählen“.

Über 80 Prozent der männlichen Rentenbezieher hätten gerade etwas mehr als 2 000 Mark. „Durch die Ökosteuer, die

jährlich angehoben wird, werden die Mietnebenkosten erheblich steigen, was die verfügbaren Einkommen der Rentnerinnen und Rentner weiter sinken lässt.“

Für die Jahre 2000 und 2001 erhalten die Rentner nicht einmal den versprochenen Inflationsausgleich. So solle es in diesem Jahr einen Inflationsausgleich von 0,7 Prozent geben. Die Teuerungsrate aber werde wegen der Ökosteuer bei 1,7 Prozent im Westen und 1,3 Prozent im Osten liegen.

red-green-Card behebt Fachkräftemangel nicht

Zu Plänen von Bundeskanzler Schröder, die Arbeitserlaubnispflicht für Nicht-EU-Ausländer in der Informations- und Kommunikationsbranche zu erleichtern, erklären die Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen, und der Stellvertretende Vorsitzende, Axel E. Fischer:

Der neue Vorstoß von Rot-Grün zeigt einmal mehr, die ausschließlich auf kurzfristige Effekte zielende Politik von Bundeskanzler Schröder. Dieser Schnellschuss löst das grundsätzliche Problem des Fachkräftemangels in den Zukunftsbranchen in Deutschland nicht:

■ Spezialisten wandern aus Deutschland ab, weil sie beispielsweise in den USA ein forschungsfreundlicheres Umfeld vorfinden.

■ Weil insbesondere in den SPD-geführten Bundesländern Schulen und Hochschulen

vergleichsweise schlecht mit Informations- und Kommunikationstechnologie ausgestattet sind, fehlt die Möglichkeit zur spezialisierten Ausbildung.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf:

■ Den Weg der CDU-geführten Bundesregierung weiterzugehen, neue Berufsfelder zu den bereits vorhandenen – wie etwa den IT-System-Elektroniker, den Fachinformatiker oder IT-System-Kaufleute – zu entwickeln und junge Menschen dafür zu gewinnen.

■ Die Forschungs- und Ausbildungsbedingungen in Deutschland zu verbessern, damit gut qualifizierte junge Deutsche nicht ins Ausland abwandern.

■ Mehr finanzielle Mittel für die Weiterbildung und Fortbildung bereitzustellen, damit wir im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben.

Marktgerechtere Ausbildung an den Hochschulen notwendig

Zur Diskussion um die Erteilung zusätzlicher Arbeitserlaubnisse für ausländische Computerspezialisten, erklärten die Bundesvorsitzende der MIT, Peter Rauen, und der Bundesvorsitzende des RCDS, Mario Voigt:

Diese Diskussion zeigt deutlich, dass die Ausbildung unserer Studenten künftig marktgerechter erfolgen muss.

Von jährlich 1,8 Mio. Hochschulabsolventen finden ca. 5% keinen Arbeits-

platz. Dies sind 90.000 junge Menschen, deren Ausbildung vom Arbeitsmarkt nicht nachgefragt wird. Dem stehen nach Angaben der Computerbranche 75.000 offene Stellen in dieser Zukunftsbranche gegenüber, die nicht besetzt werden können. Hier gilt es im Interesse von Wirtschaft und Studenten die Enden künftig enger zusammenzufügen. Die Ausbildung an den Universitäten muss viel auf die marktrelevanten Bereiche konzentrieren.

Das Ziel ist richtig, aber der Weg ist falsch

Zur abschließenden Beratung des Gesetzes zur Förderung der Erneuerbaren Energien und zur 1. Lesung des Vorschaltgesetzes zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung erklärte der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill:

Das Ziel einer Verdoppelung des Anteils der Erneuerbaren Energien ist nicht strittig. Die CDU/CSU hat vor der Wahl diese Aussage gemacht und hat auch keinen Grund, davon abzurücken. Diese Aussage macht deutlich, dass wir den erfolgreichen Weg unserer Politik, mit der wir Weltmeister in der installierten Windkraftleistung geworden sind, fortsetzen wollen. Das EEG von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD ist also keine Wende in der Energiepolitik, sondern die Fortsetzung „des erfolgreichsten Gesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien“ (Zitat: Michael Hustedt MdB, Bündnis 90/Die Grünen).

Mit der Übereinstimmung in der Zielsetzung ist allerdings der Vorrat an Gemeinsamkeiten aufgebraucht. Die Regierungsfractionen verabschieden jetzt ein Gesetz in 2. und 3. Lesung, für das im federführenden Ausschuss eine Beratungszeit von ca. 20 Minuten zur Verfügung stand. Während die Vertreter der Koalition außerhalb des Parlamentes ständig den Konsens einfordern, werden hier Gesetzesvorlagen durchgepeitscht, um vollendete Tatsachen zu schaffen – Konfrontation statt Konsens.

Aus diesem Grund sieht die CDU/CSU wenig Sinn, im Energiedialog des Bundeswirtschaftsministers zu verbleiben, wenn die Mehrheit des Bundestages doch nur tut, was sie will, und die SPD dem Bun-

deswirtschaftsminister die Unterstützung versagt.

Die entscheidenden Unterschiede zwischen CDU/CSU und SPD - Bündnis 90/Die Grünen sind darüber hinaus folgende:

Weder Erneuerbare Energien noch Kraft-Wärme-Kopplung sind in der Lage, bis 2020 die Kernenergie in der Grundlast zu ersetzen.

Erneuerbare Energien sind eher additiv als alternativ zu sehen. Langfristig betrachtet brauchen wir sie, weil die Vorherrschaft der fossilen Energien durch die Vorherrschaft der Erneuerbaren abgelöst werden muss, weil so ein Schuh daraus wird, die Verpflichtung von Rio zur Klimapolitik einzulösen.

Wir wollen die Erneuerbaren Energien und ihre Finanzierung nicht vom Marktgeschehen abkoppeln, ökonomische und technologische Effizienzsteigerungen müssen im Interesse von Wettbewerbsfähigkeit, sinkender Subventionszahlungen und Absenkung der Stoffeinsätze im Sinne der Nachhaltigkeit auf der Tagesordnung bleiben.

Andere Technologien, wie z.B. die Brennstoffzelle, müssen einen größeren Anteil übernehmen. Erneuerbare Energien sind nicht nur eine Frage der Stromerzeugung sondern auch nutzbar für Wärme und Mobilität.

Die KWK-Förderung muss problemorientiert und nicht eigentümerorientiert erfolgen.

Die jetzige Zeit des Umbruchs als Folge des Wettbewerbs kann nicht die Muster für die mittel- und langfristige Gestaltung liefern.

Rot-Grün vernachlässigt den Verbraucherschutz

Zur Weigerung der rot-grünen Regierungsfractionen im Gesundheitsausschuss über die Beibehaltung des Importstopps von BSE-verseuchtem Rindfleisch aus Großbritannien zu diskutieren und abzustimmen, erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Seehofer, der gesundheitspolitische Sprecher der Union, Wolfgang Lohmann, und die zuständige Berichterstatterin im Gesundheitsausschuss, Annette Widmann-Mauz:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, zusammen mit Frankreich gegen die Aufhebung des Importstopps britischen Rindfleisches einzutreten, sich nachdrücklich und eindeutig für eine europaweite Rindfleischkennzeichnung und einheitliche Handhabung einzusetzen, weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass die Kontrollmaßnahmen in Großbritannien wirksam angewandt werden und an der unverzüglichen Entwicklung und Umsetzung wirksamer Leitlinien zum Vorsorgeprinzip für den vorbeugenden Verbraucherschutz auf europäischer Ebene federführend mitzuwirken.

Vor dem Hintergrund von etwa 40 neuen BSE-Fällen pro Woche, d.h. gut 2000 BSE-Fällen in Großbritannien pro Jahr und der damit verbundenen realistischen Gefahr, dass der Export von BSE-verseuchtem Rindfleisch nach Deutschland nicht ausgeschlossen werden kann, sowie der wissenschaftlich steigenden Wahrscheinlichkeit eines engen Zusammenhangs zwischen BSE und Creutzfeldt-Jakob-Krankheit sind die rot-grünen Verbraucherschutzmaßnahmen bei weitem nicht hinreichend und absolut unglauwbüdig.

Mit der von der Bundesregierung gebilligten Verordnung, nach der britisches Rindfleisch in Deutschland wieder verkauft werden darf, sofern die Herkunft mit dem Stempel „XEL“ gekennzeichnet ist, unterläuft die Bundesregierung den nachhaltigen Verbraucherschutz und nimmt das damit verbundene Risiko für die Konsumenten billigend in Kauf. Für die CDU und CSU steht die Sorge um die Gesundheit und die Sicherheit der Verbraucher an oberster Stelle.

Das Signum „XEL“, das dem Verbraucher sagen soll, hier kommt das Fleisch aus Großbritannien, ist absolut nichtssagend.

Vernünftige Lösungen kann es nur auf europäischer Ebene geben.

Kein Mensch an der Ladenzeile achtet darauf oder versteht, was „XEL“ meint. Zweitens weigern sich Drittländer, wie z.B. die Niederlande, das bei ihnen verarbeitete Fleisch mit einem solchen Stempel zu kennzeichnen. Es ist unmöglich mit einer nationalen Verordnung unsere europäischen Nachbarn zu einer solchen Kennzeichnung zu verpflichten. So kann jede Woche über Drittländer BSE-verseuchtes Fleisch auf den deutschen Tisch kommen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist nachdrücklich dafür, dass der Verbraucherschutz in Deutschland und Europa Vorrang vor einem vorauseilendem Gehorsam gegenüber der Europäischen Kommission haben muss. Nationale Lösungsversuche reichen nicht. Hier kann es nur eine Lösung auf europäischer Ebene geben. ■

Änderungsentwurf zum Ausländergesetz:

SPD und Grüne fordern Scheinehen geradezu heraus

Eine mindestens vierjährige Ehe soll nach dem Willen von SPD und Bündnis90/Die Grünen nicht mehr Voraussetzung für ausländische Ehepartner sein müssen, um ein eigenes Aufenthaltsrecht zu erhalten.

Die Parlamentsmehrheit will eine Herabsetzung auf zwei Jahre. Das ist keine sachgerechte Lösung und fordert Scheinehen geradezu heraus. Dieser Auffassung sind die Obfrau der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Ilse Falk**, sowie der innenpolitische Sprecher der Fraktion, **Erwin Marschewski**.

Begründung der SPD und der Grünen: Das eigenständige Aufenthaltsrecht für ausländische Ehegatten soll erleichtert werden, um unzumutbare Verhältnisse in einer ehelichen Gemeinschaft nicht mit dem Bleiberecht in Deutschland zu verketten. Ganz wegfallen kann die Mindestbestandszeit der Ehe in Härtefällen, also dann, wenn „dem Ehegatten im Herkunftsland etwa aufgrund gesellschaftlicher Diskriminierung die Führung eines eigenständigen Lebens nicht möglich wäre“. Eine solche Änderung des Ausländergesetzes würde jeglichem Missbrauch Vorschub leisten! Denn in der Praxis hieße das, auf eine Ehebestandszeit vollkommen zu verzichten und damit allen Antragstellerinnen eigenständige Aufenthaltsgenehmigungen zu erteilen.

Es stimmt, dass die Frage des Aufenthaltsrechts beim Scheitern einer Ausländerhehe äußerst problematisch ist. Einerseits hat Deutschland ein Interesse an der Verminderung von Zuwanderung – andererseits haben betroffene Frauen ihre Situation oft

nicht zu vertreten und sind Misshandlungen ihrer Partner ausgesetzt. Sie verlassen ihren Mann nicht, weil sie die Abschiebung befürchten. Genau das war der Grund, weshalb die Union bei der Neugestaltung des Ausländerrechts 1990, weiter verbessert im Jahre 1997, nachgezogenen Ehepartnern nach vier Jahren ein eigenes Aufenthaltsrecht zubilligte, im Falle außergewöhnlicher Härten sogar auf eine Ehebestandszeit ganz verzichtete. Diese Härten wurden allerdings genau definiert. Sie betreffen

- Frauen, die misshandelt wurden,
- Frauen, denen Zwangsabtreibung droht,
- Frauen, deren Kinder in Deutschland leben und ihre Mutter brauchen.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Regelung des § 19 AuslG auf ihre Zielgenauigkeit hin überprüft und nach sorgfältiger Abwägung aller Interessen ergänzt werden soll. Der rot-grüne Vorschlag ist allerdings ungeeignet, denn er

- berücksichtigt nicht, dass keineswegs alle Nachteile bei einer Rückkehr ins Heimatland ein Aufenthaltsrecht in Deutschland begründen können – Deutschland ist nicht das Auffangland für die ausländischen Partner gescheiterter Ehen;
- fordert Missbrauch und Scheinehen geradezu heraus – so sind im Jahr vor der letzten Novellierung des Ausländergesetzes in mehr als 1.600 Fällen die Aufenthaltsgenehmigung durch eine Scheinehe erschlichen worden;
- befasst sich nicht mit den sich daraus ergebenden Folgen verstärkter Zuwanderung.

Wehrpflicht spaltet Rot-Grün

Zu den Äußerungen des Außenministers Fischer, die Umwandlung der Bundeswehr zur Berufsarmee sei unausweichlich, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Mit der Meinungsäußerung, die Umwandlung der Bundeswehr zur Berufsarmee sei unausweichlich, bringt sich Bundesaußenminister Fischer in einen fundamentalen Gegensatz zu Verteidigungsminister Scharping. Der vorhersehbare Konflikt innerhalb der rot-grünen Koalition über die Zukunft der Bundeswehr ist damit aufgebrochen.

Absehbar ist auch, dass sich dieser Riss durch die Koalition nicht nur in der Wehrpflichtfrage, sondern auch im Hinblick auf den Personal- und Struk-

turumfang der Bundeswehr erstrecken wird. Bei einem Wegfall der Allgemeinen Wehrpflicht würde die Bundeswehr auf einen Umfang deutlich unter 200.000 zurückgeschnitten werden. Fischer geht also offenbar davon aus, dass ein erheblicher Spielraum für eine Umfangreduzierung der Bundeswehr gegeben sei, ganz im Gegensatz zu Scharping.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion tritt deutlich für eine Beibehaltung und glaubwürdige Ausgestaltung der Wehrpflicht ein. Nicht eine erhebliche Reduzierung des Bundeswehrumfanges, sondern ein innerer Umbau der deutschen Streitkräfte ist notwendig für die Wahrnehmung der deutschen Sicherheitsinteressen innerhalb des NATO-Bündnisses und Europas.

Mit der Ergänzung G10-Gesetz nicht länger warten

Bis heute ist nicht erkennbar, wie die Bundesregierung das letztjährige Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum G10-Gesetz umsetzen will. Hierzu erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Früher hat die SPD die allzu zögerliche Umsetzung von Verfassungsurteilen durch die Bundesregierung immer scharf kritisiert. Aus dem 'Hause Schily' waren dagegen bislang keinerlei Signale zu vernehmen, wann und wie das BVerfG-Urteil zur Überwa-

chung des Fernmeldeverkehrs durch den BND umgesetzt werden soll.

Auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion hat die Bundesregierung nunmehr erste Eckpunkte genannt und dem Parlament auch ihre Zeitvorstellungen offenbart: Spätestens im Mai soll ein Referentenentwurf vorliegen.

Man darf gespannt sein, ob diese Frist eingehalten wird. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bleibt bei ihrer Zusage vom letzten Sommer, die Bundesregierung bei der Umsetzung des Verfassungsurteils zu unterstützen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN**Kluge Wähler**

Nach einer Wahl gibt es lauter Sieger jedenfalls in der Selbstdarstellung der Parteien. Bei der SPD gibt es sogar gleich zwei: die Ministerpräsidentin Heide Simonis und Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die CDU mit Volker Rühe hat selbstverständlich auch gesiegt. Schließlich hätte alles noch viel schlimmer kommen können. Die Grünen sind nicht in den Abgrund gefallen, und die FDP ist endlich wieder einmal ganz obenauf. Die Freude sei allen gegönnt, doch der Siegerkranz gebührt jemand anderem: den schleswig-holsteinischen Wählern. **Hannoversche Allgemeine**

Ruhe statt Rache

Verschluckt das Affären-Erdbeben die CDU? Die Union rechnete mit dem Schlimmsten, gebeutelt von der Angst, dass enttäuschte Wähler sie zur „Unter 30 Prozent“-Partei degradieren könnten. Doch die Wut blieb aus. In Schleswig-Holstein ging alles ganz unspektakulär vernünftig zu: Ruhe statt Rache-Wahl. Die Bürger signalisierten der CDU zwar ihre Enttäuschung, aber doch so, als sollte man merken: Engholm und seine Tricks haben wir nicht vergessen, Simonis' lustloses Regiment

ist auch kein Grund zum Jubel, aber Rühes Einsatz honorieren wir. **Die Welt**

Glimpflich

Wer darf nun auf Schleswig-Holsteins Deichen und Strohdächern tanzen? Die SPD – aber mit wem? Im ersten Test nach dem CDU-Skandal haben die Sozialdemokraten zwar zugelegt, aber die absolute Mehrheit verfehlt. Heide Simonis stehen, den Zahlen nach, mehrere Koalitionsmöglichkeiten offen, weil FDP, Grüne und SSW besser abgeschnitten als erwartet. Die CDU hat Verluste erlitten, die sich in Grenzen halten. Ihr glimpfliches Abschneiden mag auch daran liegen, dass ihr Spitzenkandidat Rühe die Abstimmung zwischen Flensburg und Lübeck zum Plebiszit für seine bundespolitischen Ambitionen gemacht hat. **Frankfurter Allgemeine**

COMPUTER-FACHKRÄFTE**Dickes Fass**

Mit seinen High-Tech-Gastarbeitern hat der Kanzler ein dickes Fass aufgemacht, vermutlich ohne anfangs die Tragweite seines Vorschlags zu überblicken. Denn spontane Maßnahmen, also 30.000 indische oder koreanische Computer-Genies hereinzuholen, sorgen nur für kurzfristige Entlastung. Der Mangel an deutschen Ingenieuren hat

eine weitaus tiefer gehende arbeitsmarkt- und eine ausländerpolitische Dimension.

Riester und Co. haben Recht, wenn sie die Qualifizierung Deutscher fordern. Das reicht aber nicht. Mann muss einem Programmierer in Cottbus schon sagen, dass er mit einem solchen aus Fernost konkurriert. Den Umzug nach München darf er nicht verweigern können. Zieht er nicht um, wandert der Arbeitsplatz nämlich aus oder wird mit einem Ausländer besetzt. Und: Auch ohne weitaus flexible Arbeitszeiten wird es nicht gehen. Schließlich: Deutsch oder Kunstgeschichte studieren ist schön, aber Arbeitsplätze winken eher anderswo. **Rheinische Post**

Offenbarungseid

Wie peinlich: In Hannover wird der Welt größte Computer-Messe eröffnet, und am selben Tag gesteht der Bundeskanzler, Deutschland leide unter Fachkräftemangel, der sich als Hemmnis für Investitionen und Wachstum erweise. Zwar hat Schröder seinen Vorschlag, etwa 30.000 Computer-Fachkräfte, Datenbankspezialisten und Programmierer aus Ostmitteleuropa und Indien anzuwerben, inzwischen wieder eingeschränkt: Deutsche Unternehmen

Handlungsfähigkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nicht abwürgen

Zu dem Bestreben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Entwicklungszusammenarbeit auf weniger Partnerländer und weniger sektorale Schwerpunkte zu begrenzen, erklärte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus-Jürgen Hedrich:

Seit Sommer letzten Jahres gibt sich die BMZ-Leitung alle Mühe, die drastischen Einschnitte des Finanzministers in dem Entwicklungshaushalt als Chance zur Steigerung der Wirksamkeit und Flexibilität der Entwicklungszusammenarbeit durch Konzentration auf weniger Partnerländer und weniger sektorale Schwerpunkte zu verkaufen. Die Konzentrationsbeschlüsse sollten mit der versprochenen Strukturreform verbunden werden. Konkret ist bislang

außer vielen schönen Worten kaum etwas passiert. Die Unsicherheit in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeit und bei unseren Partnerländern wächst, je länger die BMZ-Leitung hierüber brütet und die Gerüchteküche beunruhigende Meldungen wie z.B. den geplanten Ausstieg aus der Kooperation mit Schwellenländern produziert.

Die CDU/CSU-Fraktion warnt

allerdings davor, durch die Schaffung eines starren Konzentrationskorsetts die Schwerpunktländer, wie immer wieder angekündigt, auf ca. 60 herunterzudrücken, dabei so wichtige Ländergruppen wie die Schwellenländer gänzlich herauszufallen zu lassen und hiermit nicht nur wichtigen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu schaden, sondern auch der Entwicklungspolitik zu enge Fesseln anzulegen.

dürften nicht aus der Verantwortung für Ausbildung und Weiterqualifizierung entlassen werden. Aber selbst wenn die Anstrengungen verdoppelt würden, könnte nicht schnell genug Abhilfe geschaffen werden, um die Lücke an Fachkräften für die zukunftshungrige Informationstechnologie auszufüllen. **Frankfurter Allgemeine**

Weltgesellschaft

Schröders schnelle Geste erhellt, wie scharf die Säu-

re der Globalisierung wirkt. Herkömmliche sozialdemokratische Politik war immer einer nationalstaatlichen Klientel verpflichtet und daher letztlich sozial-protektionistisch. Seit 1989 wird es Zug um Zug spürbarer, dass die Tage solcher Zunftpolitik gezählt sind. Schröder hat jetzt einen kleinen Teil der Wahrheit ausgesprochen: Unser Arbeitskräftereservoir ist die Welt.

Beschwichtigend sprach der Kanzler von einer vor-

läufigen Maßnahme. Tatsächlich ist sie ein Vorbote. Nur in sehr begrenztem Maße werden in Zukunft deutsche Arbeitskräfte qua Pass Vorrang vor Arbeitskräften aus dem Ausland haben können. Mit eisernem Griff entzieht die Globalisierung den Nationalstaaten das Vermögen, arbeitsmarktpolitischer Herr im eigenen Haus zu sein. Es wird ernst mit der Weltgesellschaft. **Die Welt**

Streitbarer Stratege

Heiner Geißler zum 70. Geburtstag



„Ein Heiliger ist er nicht, wahrlich,“ schreibt die *Zeit*. Darüber, was er dann sei, gehen die Meinungen kaum auseinander. Querdenker, Unruhestifter, Unbequemer, Störenfried, Polarisierer, Auführer, Rebell – alles das lässt sich mühelos über ihn zusammenlesen.

„Wenn Heiner Geißler loslegt,“ soll ein Mitarbeiter gesagt haben, „halten wir uns die Ohren zu, weil wir den prompten Donnerschlag fürchten.“ Andere Zeugen sagen mit anderen Worten Ähnliches:

● „Mit Zuspitzungen schmiedet er nicht allein Waffen gegen Gegner, damit arbeitet er überhaupt.“ ● Seine Tugenden sind „überdurchschnittliche Offenheit, Streitbarkeit und Bekennerfreude“. ● „Die leisen Töne waren nie seine Sache. Bei politischen Gegnern und Parteifreunden sorgt er für Zündstoff“. ● „Man kennt den Christdemokraten als unbequemen Mahner, dem kein Tabu heilig ist. Halbe Sachen sind ihm zuwider.“ ● Willst du in der Politik etwas erreichen, hat er einem ostdeutschen Parteifreund geraten, dann „musst du Streit anfangen“ – wenn es sein muss, auch im eigenen Lager.

Streitbarer Geist

Einem Streit ist er selten aus dem Weg gegangen. Immer kalkuliert, oft polarisierend, nicht selten mit schlagendem Erfolg.

● In der Auseinandersetzung um die Nachrüstung in den 80er Jahren hat er sich auch in der moralischen Debatte nicht die Butter vom Brot nehmen lassen. Gegen die Anmaßung der Gesinnungsmoralisten hat er die Verantwortungsethik verteidigt und das Recht, nach den praktischen Folgen politischen Handelns zu urteilen. Sein

Konter gegen die lautstarken Kritiker der Nachrüstung, die Appeasement-Politik der 30er Jahre habe erst Auschwitz ermöglicht, löste schäumende Wut bei den Betroffenen aus. Viele, die sich damals unbändig empörten, haben ihn übrigens mit ihrer Begründung für den Kosovoinsatz nachträglich ins Recht gesetzt.

● Ende der 80er Jahre stritt er mit dem damaligen Parteivorsitzenden Helmut Kohl. Es ging um den Weg der CDU, und es war die parteiinterne Machtfrage gestellt. Sie wurde eindeutig beantwortet, und das hat ihn, den „Liebling der Partei“, geschmerzt. Manche sehen in Heiner Geißlers Position zum früheren Finanzgebaren der CDU einen Nachklang des Schlachtenlärms von damals. Andere attestieren ihm, sich selbst und seinen Maßstäben treu geblieben zu sein.

Waches Gespür für neue Themen

„Früher als andere Christdemokraten erkannte er“ – so heißt es mit fast denselben Worten immer wieder, wenn über ihn geschrieben wird:

● Als einer der ersten in der Union hat er in den siebziger Jahren die *Neue soziale Frage* formuliert und darauf mit der Forderung der katholischen Soziallehre geantwortet, den sozialen Frieden jenseits bloßen Konfliktausgleichs zwischen Kapital und Arbeit durch einen gesamtgesellschaftlichen Konsens zu sichern.

Seine Erfindung sind die Sozialstationen, die in den 70er Jahren in Rheinland-Pfalz eingerichtet wurden: Hilfe zur Selbsthilfe im besten Sinne des Wortes.

Glückwunsch, Heiner Geißler!

Heiner Geißler wird in diesen Tagen eines oft hören: Man sehe ihm das Alter nicht an, er habe sich „gut gehalten“. Das ist wahr. Und dass er in seiner politischen Leidenschaft nachgelassen habe, wird wohl kaum jemand behaupten wollen.

Aber jeder spürt auch den langen Weg, den Heiner Geißler in der CDU und für unsere Partei schon zurückgelegt hat. Er hat ausgeteilt und eingesteckt. Nie jedenfalls blieben die Menschen unberührt und emotionslos angesichts seiner Position – die Freunde nicht und nicht die Gegner. Und Emotionen sind auch bei seinem Geburtstag ange-

bracht, vor allem der Dank der CDU Deutschlands für seine Arbeit.

Vielleicht lässt der sich am besten in einer Selbstcharakterisierung von Heiner Geißler ausdrücken: „Ich bin Heiner Geißler. CDU-Mitglied, Mitglied des Bundestages.“ Das ist beileibe nicht alles, was zu sagen wäre, aber es trifft den Kern.

Die CDU Deutschlands gratuliert Heiner Geißler herzlich.

Wolfgang Schäuble

● Nicht zuletzt Heiner Geißlers Initiative war es, die zu dem Beschluss des letzten Essener CDU-Bundesparteitages führte, in dem als Ziel formuliert ist, die Gleichberechtigung der Geschlechter im wesentlichen bis zum Ende des Jahrhunderts durchzusetzen. Damit hatte er ein Thema besetzt und in den Mittelpunkt gerückt, das im klassischen Repertoire der CDU eine Hauptrolle spielt.

Die Position des Schwächeren verbessern helfen

● „Ich habe einen wichtigen Sinn meines Lebens darin gesehen, durch konkrete Maßnahmen und Entscheidungen das Leben benachteiligter Menschen zu verbessern“ – begründete er die Einrichtung der Stiftung „Mutter und Kind“, die seit 1982 mehreren 100.000 in Not geratener werdender Mütter unbürokratisch Hilfe leistete.

● Er hat die Verletzung von Menschenrechten und des Rechts auf Unversehrtheit der Erde, auf der sie leben, angeprangert: die Ermordung des nigerianischen Bürger-

rechtlers Ken-Saro Wiwa als „jüngstes Beispiel“ aufgegriffen und die Präsenz des Ölkonzerns Shell in Nigeria damit in Zusammenhang gebracht, der „mit 6000 Kilometern Pipelines die Böden des Landes verseucht“.

Modernisierung der CDU

Mit Heiner Geißlers Amtszeit als Generalsekretär verbinden sich schlagkräftige Organisation der Partei und gewiefte Strategie in Wahlkämpfen. Anwalt der Grundwerte zu sein, das hat er sich nicht nehmen lassen. Und es ist ihm mehr als einmal gelungen, dies mit einem neuen Auftritt der CDU in veränderten Zeiten zu verbinden.

Deshalb seine Vorliebe für die tägliche neue Reaktion auf die „unaufhörlich sich neu bildenden Meinungen und Forderungen in der Gesellschaft und ihren Gruppen.“

Heiner Geißler bittet diejenigen, die ihm ein Geschenk machen wollen, für den Kinderspielplatz e.V. Scheibenshardt zu spenden: VR Bank, BLZ: 54882500, Konto-Nr.: 7714149.



**Ein neuer
Generationen-
vertrag**

Neun Fragen zur Rente

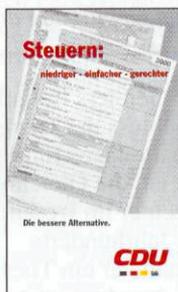


● **Faltblatt**
**Ein neuer
Generationenvertrag**

Bestell-Nr.: **2647**
100 Expl.: **12,00 DM**

● **Minibroschüre**
CDU-Steuermodell 2000

Bestell-Nr.: **5648**
100 Expl.: **18,00 DM**



Jetzt **CDU**?

Gerade Jetzt!

● **Faltblatt**
Jetzt CDU?
Gerade Jetzt!

Bestell-Nr.: **2648**
100 Expl.: **13,00 DM**

Bestellanschrift:

IS-Versandzentrum
Postfach 14 65
59306 Ennigerloh
Fax: 0 25 24/91 13 10
e-mail: cdu-shop@bertelsmann.de

Telefax 0 22 26/8 02-3 33



Bestellschein

für ein Abonnement der Wandzeitung
jährlich acht Wandzeitungen im Format DIN A2

Ja, ich möchte meine Schaukästen immer aktuell gestalten und bestelle hiermit ein Jahres-Abonnement des Wandzeitungsdienstes

Bestell-Nr.	Bestell-Menge	Artikel	Preis
8010		bis zu 10 Expl.	92,80 DM jährlich
8060		bis zu 60 Expl.	116,-- DM jährlich
8200		bis zu 200 Expl.	174,-- DM jährlich

Preise verstehen sich inkl. 16% MwSt. und Versand

Absender/KV-Nr.:



Versandanschrift (falls nicht identisch):

CDU-Verband oder Name

CDU-Verband oder Name

Ansprechpartner

Ansprechpartner

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Telefon

Telefon

Bankverbindung

Der Zahlungsmodus erfolgt ausschließlich per Lastschrift einzug

Der Betrag soll von folgendem Konto per Lastschrift eingezogen werden

Bank

BLZ

Datum / 1. Unterschrift

Konto-Nr.

Widerrufsrecht

Mir ist bekannt, daß ich diesen Auftrag innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an das UBG Medienzentrum widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum / 2. Unterschrift

So erreichen Sie uns!

Bei Rückfragen stehen Ihnen jederzeit zur Verfügung:

Dieter Herzig Telefon 0 22 26/8 02-3 00

Sonja Bach-Meiers Telefon 0 22 26/8 02-3 01

Gerne helfen wir Ihnen auch bei der Gestaltung und Durchführung von anderen Druckerzeugnissen!

Union Betriebs-GmbH

Egermannstraße 2 - 53359 Rheinbach

druckerei@ubgbonn.de

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 1190
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

JETZT CDU? Gerade jetzt!

Deutschland braucht:

- **eine starke Mitte**
- **eine politische Alternative**
- **eine bessere Politik**

SOLIDARITÄTSKONTO:

Deutsche Bank Berlin

BLZ: 100 700 00

Kontonummer: 9 000 555 01

CDU

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Sie kann ab sofort von allen Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbänden als Jahres-Abonnement bei der UBG bestellt werden. Bitte benutzen Sie hierzu den umseitigen Bestellschein.

UiD

8/2000

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (0 22 26) 8 02-0, Telefax (0 22 26) 8 02-111/3 33. **Vertrieb:** Tel. (0 22 26) 8 02-123. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.